

FA 22

Oktober 2022

SPD FRAKTION
IM RATHAUS
WIESBADEN 

Fraktion aktuell

KRISEN

Ob bei Gas-, Energie- oder Verkehrskrise: Lösungen statt Polemik und Fake News.





Liebe Wiesbadenerinnen und Wiesbadener!

„Gefahren drohen nur jenen, die auf das Leben nicht reagieren.“

Dieses Zitat stammt von dem erst kürzlich verstorbenen Staatsmann Michail Gorbatschow. Und er hat recht: Die andauernden Krisen, von der seit langem andauernden Klimakrise, über die aktuelle Energiekrise bis hin zu dem Dilemma bei ESWE Verkehr, erfordern konsequentes Handeln auf allen Ebenen.

Auf kommunaler Ebene tun wir, was in unseren Mitteln steht, um die Auswirkungen der Krisen gering zu halten. Doch nicht immer geht es so schnell, wie wir uns das vorstellen. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Der Klimawandel erfordert jetzt stärker denn je unsere Aufmerksamkeit: Dieser Sommer hat einmal mehr gezeigt, was uns in Zukunft blühen kann: Hitze, monatelange Dürre und urplötzlicher Starkregen. Den blanken Unsinn, den manche Menschen auch auf unserer Facebook-Seite dazu verbreiten, ist erschreckend: Das war schon immer so, Windräder vertreiben die Regenwolken (!) und so weiter...

Wissenschaftliche Fakten sind leider kein Konsens mehr. Umso mehr betonen wir: Mit den Windrädern auf dem Taunuskamm könnten wir unseren Teil zu einer zukunftsgerichteten und sauberen Energieversorgung leisten – wenn die, die immer gegen alles sind, wenn es in ihrem Vorgarten passiert, nicht solche Projekte immer wieder

verzögern würden. Wir bleiben an dem Thema dran.

Mit der Gaskrise, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, erkennen wir nicht nur unsere Abhängigkeit von anderen Ländern, sondern eben auch, dass in der Krise der Staat für seine Bürger*innen alle Mittel aktivieren muss – um Schäden gering zu halten. Deswegen wollen auch wir in der Kommune prüfen, wie wir mit unserem Partner ESWE Versorgung Betroffenen mit einem Härtefallfonds konkret helfen können.

Und mit dem Dilemma bei ESWE Verkehr verschärft sich die generell schon angespannte Situation auf Wiesbadens Straßen. Uns geht es dabei nicht um Schuldzuweisungen. Wir wollen Lösungen – und zwar schnell. Doch dem Unternehmen stehen noch weitere unruhige Monate bevor. Für uns ist klar: Wir brauchen ein solides Unternehmen mit motivierten Mitarbeiter*innen, das in Wiesbaden einen öffentlichen Nahverkehr anbietet, der zum Ein- und Umsteigen einlädt.

Scheinbar gute Nachrichten gibt es hingegen beim Sommerbahnhof. Der Abriss des denkmalgeschützten Gebäudes kann wohl vermieden werden, eine gesicherte Nutzung durch die Nassauische Touristikbahn (NTB) ist unser Ziel.

DR. HENDRIK SCHMEHL

Fraktionsvorsitzender



01



HILFE BEI STEIGENDEN ENERGIEKOSTEN

Die Energiekrise ist überall Thema – auch in den Gremien der Stadtpolitik. Intensiv haben wir uns mit den Themen Versorgungssicherheit und den Auswirkungen möglicher Gas- und Strommangellagen beschäftigt. Auch deshalb sind wir überzeugt, dass (wo immer möglich) Energie eingespart werden sollte. Hierzu hat die Stadtverwaltung ein umfassendes und ambitioniertes Programm vorgelegt.

Energiesicherheit ist jedoch das eine, die finanzielle Belastung stark steigender Energiekosten das andere. Viele Haushalte bekommen momentan von ihren Versorgern neue Preise mit teils enormen Steigerungen der Abschlagszahlungen. Das gilt auch für die städtische ESWE Versorgungs AG. Auch wenn diese Erhöhung angesichts gestiegener Gaspreise berechtigt ist, so überfordern diese Kosten viele Haushalte. Das löst große Ängste und Besorgnis für die kommenden Wintermonate aus.

Niemand kann und soll in einer ungeheizten Wohnung frieren, insbesondere für Kinder und ältere Menschen wäre das besonders kritisch. Auch deshalb versucht die Bundesregierung durch verschiedene Maßnahmen die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Mehrwertsteuersenkung auf Gas, Gas- und Strompreisdeckel für den Grundverbrauch, weitere Begrenzung von Energiesperren durch die Versorgungsunternehmen und vieles mehr. Jüngst hat auch das Land Hessen einen Härtefallfonds über 200 Mio. Euro geschaffen.

Mit unserem Kooperationsantrag in der Stadtverordnetenversammlung wollen wir aufzeigen, ob und wie die ergriffenen Maßnahmen in Wiesbaden bei der ESWE Versorgungs AG wirken. Wie stark werden Kunden durch Gas- und Strompreisbremse sowie die Mehrwertsteuersenkung entlastet und können Energiesperren wirklich verhindert werden. Ebenso sind wir der Ansicht, dass auch die Kommune einen Beitrag leisten muss, um die Belastungen abzufedern: So setzen wir uns dafür ein, dass nicht nur Energiesperren gemäß der

Bundesregelung eingeschränkt werden, sondern die Wasserversorgungsbetriebe Wiesbaden ebenfalls diesen strengeren Maßstab anlegen. Denn wer seine Strom- und Gasrechnung nicht bezahlen kann, der wird auch ohne konkrete Kostensteigerung Probleme bei den Wassergebühren haben.

Vor allem aber wollen wir auf Ebene der ESWE Versorgungs AG einen Härtefallfonds prüfen, der die besonders herausfordernden und komplexen Fälle unterstützen soll. Das wird nicht für jeden belasteten Energiekunden in Frage kommen – aber allzu oft kommen verschiedene Faktoren zusammen, an deren Ende die Belastung zu groß wird. Man denke etwa an eine ausgefallene Heizung, die durch elektrische Heizungslüfter ersetzt werden müssten oder harte Schicksalsschläge. Wir wollen, dass dann der Härtefallfonds greifen kann und gemeinsam mit den Trägern der Schuldnerberatung konkrete und unbürokratische Hilfe leisten kann. Wir setzen uns dafür ein, dass der entsprechende Antrag in der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im November 2022 angenommen wird.



NADINE RUF, SOZIALPOLITISCHE SPRECHERIN





DIE ENERGIEWENDE VOR ORT UMSETZEN

Angesichts der Gasknappheit als Folge des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine ist die Frage der Versorgung mit Energie aus erneuerbaren Quellen aktueller denn je. Wiesbaden hat hier sein Potenzial noch nicht vollends ausgeschöpft. Projekte wie der Windpark auf dem Taunuskamm müssen in der aktuellen Situation auch im Hinblick auf die bereits deutlich spürbaren Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels neu bewertet werden.

Angesichts der Gasknappheit als Folge des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine ist die Frage der Versorgung mit Energie aus erneuerbaren Quellen aktueller denn je. Wiesbaden hat hier sein Potenzial noch nicht vollends ausgeschöpft. Projekte wie der Windpark auf dem Taunuskamm müssen in der aktuellen Situation auch im Hinblick auf die bereits deutlich spürbaren Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels endlich weiter vorangetrieben werden.

Die SPD-Rathausfraktion hat bei einer Führung mit der ESWE Versorgungs AG und der Taunuswind GmbH zu einigen Windenergiestandorten auf dem Taunuskamm (insb. Hohe Wurzel) die möglichen Standorte der Windkraftanlagen erneut begutachtet. Nach dieser Begehung der Standorte bekräftigen wir erneut unsere Forderung, die Windkraftanlagen dort zu errichten. Der Verwaltungsgerichtshof Kassel muss aus unserer Sicht zügig zu einer Entscheidung kommen.

Gerade auf der Hohen Wurzel sind die Zeichen der Dürren, welche durch den Klimawandel ver-

ursacht wurden, deutlich erkennbar. Viele Fichten sind großflächig abgestorben und hinterlassen ein trauriges Bild. Dies kann aber auch als Chance wahrgenommen werden, ein Fortschreiten des klimabedingten Waldsterbens zu verhindern. Mit der Errichtung des geplanten Windparks ließe sich knapp fünf Prozent des Wiesbadener Stromverbrauchs lokal und erneuerbar produzieren, ohne CO₂-Ausstoß und ohne dass hierfür lange Übertragungsleitungen errichtet werden müssten.

Von Anfang an fehlte es bei der schwarz-grünen Landesregierung aber an Unterstützung und Rückhalt für Windkraft auf dem Taunuskamm. Das Regierungspräsidium ging gegen das Urteil des Wiesbadener Verwaltungsgerichts zur Genehmigung des Standortes in Revision, nun wurde im Januar 2022 der Taunuskamm als Vorranggebiet für Windenergie gestrichen. Jetzt gibt es keine Möglichkeit mehr, dort neue Projekte zu beantragen. Es bleibt deshalb zu hoffen, dass der VGH Kassel die bisherige Planung zulässt, denn dies wäre die einzige Möglichkeit für Wiesbadener Windenergie.

Auch die Solarenergie birgt bisher noch enorme, bisher leider kaum genutzte, Chancen zur emissionsfreien Energieerzeugung im Wiesbadener Stadtgebiet. Viele geeignete Dachflächen werden derzeit noch nicht für Photovoltaik oder Solarthermie genutzt – dabei steht mit dem Solarkataster für jedes Dach eine Potentialanalyse zur Verfügung. Wir sind der Meinung, dass hier Nachholbedarf besteht und haben deshalb mit den Kooperationspartnern einen Antrag zu Potenzialflächen für Solarenergie gestellt.

Wir wollen, dass die Landeshauptstadt hier mit gutem Beispiel vorangeht und schnellstmöglich in Frage kommende Flächen prüft und nutzt. Außerdem sollen private Gebäudebesitzer in diesem Bereich beraten und unterstützt werden, damit auch dort die vorhandene Fläche bestmöglich zur Energieerzeugung genutzt werden kann. Sowohl die Stadt als auch ihre Bürgerinnen und Bürger können so einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten und dabei sogar noch die Kosten für die Energieversorgung senken.



**Für das Gelingen der
Energiewende müssen wir alle
Möglichkeiten der erneuerbaren
Energieerzeugung nutzen!**



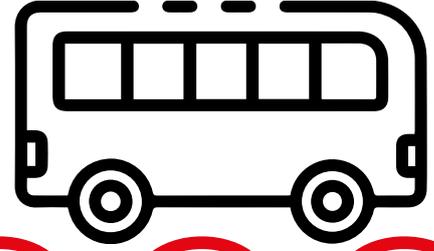
**WINDRÄDER AUF DEM TAUNUSKAMM &
SOLARDACH-INITIATIVE**

**SABINE LUDWIG-BRAUN,
UMWELTPOLITISCHE SPRECHERIN**



Solche Wartezeiten sind derzeit selten: Wegen Krankheit, Überlastung und fehlender Fahrer*innen kann ESWE Verkehr derzeit nur ein eingeschränktes Angebot anbieten. Ein wenig Entlastung gibt es Oktober: Dann kommen zusätzliche Fahrten in den Morgenstunden hinzu.

AUSWEGE AUS DER KRISE BEI ESWE VERKEHR



ESWE Verkehr leidet weiter unter hohem Krankenstand und zu vielen offenen Stellen – und mit ihr die ganze Stadt: Der Busfahrplan ist seit den Sommerferien stark ausgedünnt, mit spürbaren Auswirkungen vor allem für Schüler*innen und Pendler*innen. Leichte Entspannung in den Morgenstunden verspricht der neue Fahrplan ab dem 04. Oktober – der Personalmangel wird uns aber noch lange Zeit beschäftigen.

Die Fahrgäste tragen derzeit die Hauptlast - insbesondere diejenigen, die täglich auf den ÖPNV angewiesen sind. Die fahrenden Busse sind häufig überfüllt oder verspätet oder beides. Oftmals werden Haltestellen gar nicht mehr bedient. Das ist kein attraktives Angebot, auf den ÖPNV umzusteigen, sondern eher um auszusteigen. Wir verstehen den damit verbundenen Unmut und Ärger. Die zuletzt steigenden Aggressionen und Übergriffe gegenüber dem ESWE-Personal sind aber ein absolutes No-Go, das keinerlei Akzeptanz findet.

Neben den Fahrgästen sind auch die vielen hundert Busfahrer*innen der ESWE Verkehr, die derzeit die Busse durch die Stadt lenken, die Leidtragenden: Ihnen gebührt Dank und Anerkennung. Unser Antrag *“Den Wiesbadener ÖPNV nachhaltig sichern”* setzt genau hier an. Umso bedauerlicher und unverständlicher ist aber, dass sich der lose Zusammenschluss der Mitte-Rechts-Opposition nicht einmal diesem Punkt angeschlossen hat. Auch der Setzantrag der rechten Haushälfte in der Stadtverordnetenversammlung beschäftigt sich trotz seines enormen Umfangs vornehmlich mit Schuldzuweisungen.

Richten soll es angeblich ein Arbeitskreis, dessen Zusammensetzung nahezu dem Aufsichtsrat entspricht – das kann man sich tatsächlich sparen. Sinnvoller wäre es, wenn die Opposition dort nicht ihre persönliche politische Suppe kocht, sondern an Lösungen mitarbeiten würde. Der kurzfristig vorgelegte Vorschlag, für bestimmte Fahrdienste einen Bonus von 100 € einzuführen, greift aus unserer Sicht zu kurz. Grundsätzlich muss das mit den Tarifpartnern besprochen und nicht von oben herab beschlossen werden und der Betrag (Arbeitgeberbrutto!) ist nach Abzug aller Abgaben und Steuern nicht sehr attraktiv. Ohnehin ist von der Opposition nichts zu erwarten, was den ÖPNV in Wiesbaden stützt. In

den Haushaltsberatungen hatten CDU und FDP noch vorgeschlagen, den Zuschuss von ESWE Verkehr um fast 20 Prozent zu kürzen. Das wäre nicht ohne Auswirkungen auf das Busangebot geblieben. Die Krokodilsträne um die derzeitigen Einschränkungen sind folglich unangebracht.

Eine kurzfristige Möglichkeit zur Entspannung der Situation, die von der ESWE Verkehr bereits aktiv vorangetrieben wird, ist der Einsatz von Fremdunternehmen sowie Leiharbeiter*innen. So könnten einzelne Linien von Drittunternehmen gefahren werden. Wir machen dies, um den Fahrbetrieb zu stützen, sehen den Einsatz von Leiharbeit dabei aber ausgesprochen kritisch. Aus unserer Sicht muss eine Zweiklassengesellschaft bei ESWE-Verkehr, gerade auch beim Gehalt, tunlichst vermieden werden.

Für Probleme, die sich langfristig angebahnt haben, gibt es aber selten einfache, nachhaltige und kurzfristige Lösungen. Wiesbaden steht unter hohem Konkurrenzdruck zu sowohl anderen Kommunen, aber auch zur Privatwirtschaft. Wir unterstützen daher die Bemühungen der Belegschaft, deren Vertretung und der Geschäftsführung, das Arbeitsumfeld bei ESWE Verkehr tariflich aufzuwerten. Mit Hochdruck wird deshalb an einem Haustarifvertrag bei ESWE gearbeitet.

Da sich der Fachkräftemangel aber auch langfristig eher verschärft als entspannt, müssen wir über weitere zusätzliche Maßnahmen nachdenken. So kann der Einsatz von größeren Fahrzeugen, beispielsweise von Doppelgelenkbussen auf einigen (Teil-)Strecken, für mehr Kapazität sorgen. Deren Potenzial und Anforderungen an die Infrastruktur zu beleuchten, gehörte zum Fragenkatalog an den Magistrat.



SILAS GOTTWALD
PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER &
SPRECHER FÜR MOBILITÄT



GERD UEBERSOHN
PLANUNGSPOLITISCHER SPRECHER

SOMMERBAHNHOF & AARTALBAHN

04

Dauerthema im Ortsbeirat und vielen Ausschüssen: Der Sommerbahnhof in Dotzheim. Von der bisherigen Idee, das baufällige Gebäude zugunsten eines Neubaus für Manna Mobil e.V. abzureißen, rücken wir ab. Auslöser hierfür ist eine Stellungnahme des Regierungspräsidiums Darmstadt und ein neues Gutachten zum Zustand des Gebäudes

Schon im Sommer 2021 beschäftigte der Sommerbahnhof die städtischen Gremien. Der südlich vom Dotzheimer Bahnhofsgebäude gelegene Fachwerkbau im Eigentum des städtischen WIM Liegenschaftsfonds war bis 2019 an die Nassauische Touristikbahn (NTB) vermietet. Der ursprüngliche Plan, das Gebäude zu sanieren und anschließend dem Verein Manna Mobil zu vermieten, scheiterte an der schlechten Bausubstanz; die WIM visierte in der Folge einen Neubau an. Ein Vorhaben, welches sich durch komplizierte Zuständigkeitsfragen - der Sommerbahnhof ist Teil eines gewidmeten Bahngeländes und steht unter Denkmalschutz - in die Länge gezogen hat.

Mit einem erneuten Antrag in der Stadtverordnetenversammlung reagieren wir jetzt auf zwei neue Entwicklungen: Zum Einen hat das Regierungspräsidium Darmstadt angesichts der vorgesehenen Reaktivierung der Aartalbahnstrecke die Chancen einer Entwidmung dieses Gebäudes eher eingetrübt. Das Gebäude selbst ist unserer Meinung nach nicht betriebsnotwendig - aber der Ausgang des langwierigen Entwidmungsverfahrens ungewiss. Parallel hat ein von der NTB selbst beauftragtes Holzgutachten aufgezeigt, dass die Schäden durchaus reparabel seien, ein Abriss also vermieden werden kann. Die NTB selbst hat angeboten, den Sommerbahnhof in Eigeninitiative winterfest zu machen und so weitere Schäden durch Feuchtigkeit zu verhindern sowie das Gebäude langfristig instand zu setzen.

Mit diesen neuen Entwicklungen halten wir eine Verpachtung des Bahnhofes an die NTB für sinnvoll und haben deshalb einen entsprechenden Antrag in der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

Die WIM wird darin gebeten, entsprechende Verhandlungen mit der NTB aufzunehmen, mit dem Ziel einer Verpachtung des Gebäudes. Wir würden uns sehr freuen, wenn die NTB das Gebäude (wieder) nutzen und dieses Denkmal sinnvoll genutzt werden kann. Wir gehen von einer breiten Mehrheit in der nächsten Stadtverordnetenversammlung aus.



WAS SONST NOCH BESCHLOSSEN WURDE

Nicht alles, was in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird, steht auch in der Zeitung. Dennoch ist jedes Projekt wichtig und zeigt, dass etwas in der Stadt vorangeht.

Wir haben Dir einige Projekte auf den Tagesordnungen II rausgesucht, die wir erwähnenswert finden. Mit einem **Klick auf das Bild**, wirst du direkt zur Vorlage in **PIWi**, dem **Politischen Informationssystem Wiesbaden**, weitergeleitet.



Fahrplanwechsel am 11.12.2022



Wilhelm-Leuschner-Schule Pavillonsanierung und Erweiterung



Kassensturz und Strategie für die Haushaltsberatungen 2023 ff



Neubau und Sanierung Erich Kästner-Schule



Bericht über die Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften



Machbarkeitsstudie digitale Werbeträger



Beschaffung von zwei Bewässerungsfahrzeugen für die Baumpflege



Umwandlung Betreuende Grundschulen in Schulsozialarbeit an Grundschulen



Uferstraße - Herstellung einer Radverkehrsverbindung



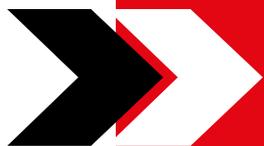
Wohnungsbauprogramm 2022



Bericht „Tagesbetreuung für Kinder 2021/2022“



Saturdays for Future – familienunterstützendes Lernangebot der Schulsozialarbeit



NÄCHSTE STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG AM 17.11.2022.

Impressum

SPD-Stadtverordnetenfraktion

V.i.S.d.P: Dr. Hendrik Schmehl

Gestaltung: Alexander Hofmann

Portraitfotos: ©Angelika Aschenbach

Schlossplatz 6

65183 Wiesbaden

 www.spd-wiesbaden.de

 www.facebook.com/spdwiesbaden

 www.instagram.com/spd_wiesbaden

SPD FRAKTION
IM RATHAUS
WIESBADEN 